

In der Sackgasse

Vor viereinhalb Monaten überfiel die russische Armee das Nachbarland Ukraine. Zehntausende Soldaten und Zivilisten verloren ihr Leben oder wurden verletzt. Millionen Ukrainer sind auf der Flucht. Der Krieg in Europa ist eine empörende und auch deprimierende Realität geworden – auch wenn es schwierig ist, ein vollständiges und nicht von Interessen geleitetes Bild zu bekommen, was sich dort im Detail wirklich abspielt. Die Suche nach „der Wahrheit“ gestaltet sich in Kriegszeiten schwierig. Das gilt auch für uns in Deutschland,

Fakt ist aber in jedem Fall: Der Krieg tobt weiterhin mit voller Grausamkeit. Verhandlungen gibt es allenfalls über Gefangenenaustausche. Perspektiven für eine Lösung des Konflikts zeichnen sich kaum ab. Immerhin gibt es bei der EU erste Pläne für einen „Marschall-Plan“ zum Wiederaufbau der Ukraine.

Die Reaktionen in Deutschland auf den völkerrechtswidrigen Angriff Russlands sind ein Lehrstück der politischen Psychologie. Plötzlich war die massive Aufrüstung der Bundeswehr kein Problem mehr und ohne größere Verwerfungen durchsetzbar. 100 Milliarden Euro zusätzlich – dafür ließ sich schon mal das Grundgesetz ändern, um die in der Verfassung verankerte Schuldenbremse zu umschiffen. Die Ankündigung des Kanzlers („Zeitenwende“) wenige Tage nach Kriegsbeginn wurde allseits als „Befreiungsschlag“ gefeiert.

„ABER WIR MÜSSEN DOCH ETWAS TUN!“ Dieses verständliche Gefühl persönlicher Betroffenheit beschreibt die herrschende Stimmung in unserem Land wohl am besten. Es ist schwer auszuhalten, dieser Tragödie hilflos zuschauen zu müssen. Inzwischen gibt es fast einen öffentlichen Überbietungswettbewerb, wer die radikalsten und härtesten Maßnahmen gegen Russland vorschlägt. Der ethisch unterlegte Appell, der Ukraine zu „helfen“, „Solidarität zu zeigen“ und Land und Menschen zu „unterstützen“ wird verengt auf die sofortige „Lieferung schwerer Waffen“. Auf dieser emotionalen Grundlage werden Entscheidungen getroffen und lassen sich auch durchsetzen, die früher unmöglich gewesen wären.

Hilflosigkeit ist ein zerreißendes Gefühl. Es ist verständlich, diese innere Spannung durch konkretes Handeln auflösen zu wollen. Doch aus der Emotion heraus ist die Gefahr groß, die Frage aus dem Auge zu verlieren, ob Maßnahmen denn am Ende auch zielführend sind – mit anderen Worten: Ob sie wirklich helfen!

Ziele des Westens unklar

In der Anfangsphase des Krieges gab es in Deutschland eine breite Einigkeit: Ziel war die sofortige Beendigung der Angriffe und der Kämpfe! Ein Waffenstillstand sollte Gewalt und Zerstörung Einhalt gebieten. Dieser Konsens wurde gespeist aus Humanismus und Mitgefühl, aus der Erkenntnis, dass Krieg niemals zu einer Lösung führt und immer nur neues Leid mit sich bringt. Eine zutiefst menschliche Haltung.

Worum geht es aber heute? Waffenstillstand? Das Ende des Blutvergießens? Die Souveränität der Ukraine? Dass die Ukraine den Krieg „gewinnt“ und Russland ihn „verliert“? Die Einhaltung des Völkerrechts? Bestrafung des Aggressors? Sturz von Putin? Ein breites Spektrum möglicher Ziele wird formuliert – je nach Interessenlage. Dabei wären dies alles nur kurzfristige Ziele. Politik muss aber auch die längerfristigen Perspektiven im Auge haben, denn es gibt auch „Siege“, die sich vielleicht erstmal gut anfühlen, letztlich aber in die Sackgasse führen. Trotzdem versammeln sich hinter dem Ziel „Sieg der Ukraine“ und „Niederlage für Russland“ einflussreiche Kräfte: Von EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen über Außenministerin Baerbock bis Oppositionsführer Merz.

Perspektivisch muss es allerdings darum gehen, eine stabile Europäische Sicherheitsarchitektur zu schaffen, die die elementaren Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt. Dieser Satz mag auf den ersten Blick banal klingen, er ist aber eine enorme Herausforderung, denn er setzt einen gleichberechtigten Dialog auf der Grundlage des Völkerrechts zwischen allen Beteiligten voraus. Dass man einander zuhört, dass man die Sorgen des anderen ernst nimmt, dass man einen Ausgleich anstrebt. Dazu bräuchte es die hohe Kunst der Diplomatie und auch viel menschliche Größe – sehr schwierig in einer Phase, in der so viel Vertrauen verloren gegangen ist. „Staatskunst“ ist gefragt, wie Henry Kissinger (99) es treffend formulierte.

Neue Perspektiven gefragt

Wenn der Krieg eines Tages vorüber ist, werden die Staaten Europas und auch die EU ihre Beziehungen zu Russland mit Realismus und Augenmaß neu definieren müssen. Ausgrenzung ist keine kluge Option. Die NATO hat ihre Definition ein Stück weit schon formuliert: Auf ihrer Abschlussitzung am 30.6. bezeichneten die Staats- und Regierungschefs Russland als die „bedeutendste Bedrohung für den Frieden“ und hat weitere Aufrüstungsschritte an ihrer Ostflanke beschlossen.

Es ist verständlicherweise aktuell für viele Menschen schwer denkbar, sich angesichts des Unrechts in der Ukraine, einen fairen und gleichberechtigten Dialog mit Russland vorzustellen. Das kann aktuell auch nicht gelingen. Doch wir sollten uns bewusst machen, dass es eine solche Perspektive braucht, wenn es dauerhaft Stabilität in Europa geben soll. Ignorieren lässt sich Russland nicht.

Inzwischen gibt es keine Einigkeit mehr über die Ziele, die man in diesem Krieg erreichen möchte. Die Bandbreite reicht von „sofortigem, bedingungslosen Waffenstillstand, um weiteres Blutvergießen zu verhindern“ über „Waffenstillstand nur unter bestimmten Voraussetzungen“ bis hin zu „Regimewechsel in Moskau“. Die Kriegsziele haben sich binnen weniger Wochen auch massiv verändert. War der ukrainische Präsident anfangs noch zu bedingungslosen Verhandlungen mit dem russischen Präsidenten bereit, so schließt er heute Verhandlungen mit Russland über einen Waffenstillstand oder gar Friedensverhandlungen kategorisch aus. Dafür sei es nun zu spät: „Der russischen Führung unter Präsident Putin darf nicht mehr geschmeichelt werden“, so Selenskyj am 10. Juni. Seinen Landsleuten verspricht er mittlerweile auch die Rückereroberung der seit 2014 von Russland annektierten Halbinsel Krim (13.6.).

Die Politik der Diplomatie für viele ganz grundsätzlich in Verruf gekommen. Die deutsche Politik der letzten Jahrzehnte sei viel zu naiv und Russland freundlich gewesen, lautet der Vorwurf. Sogar Bundespräsident Steinmeier, der lange Jahre in Regierungsverantwortung die deutsche Russlandpolitik mit prägte, sah sich zu einem „mea culpa“ genötigt und gestand Fehler ein. Nur Angela Merkel gab sich Anfang Juni unbeirrt: „Diplomatie ist ja nicht falsch, nur weil sie nicht gelingt“. Vor allem

stellt sich die Frage: Welche Alternative zum Gespräch und zu Verhandlungen und Kompromissen gibt es denn?

Suche nach der richtigen Strategie

Nun ist politische Weitsicht gefragt. Die Vereinfacher sagen: Die Sanktionen müssen weiter verschärft werden, damit sie ihr Ziel erreichen. Russland muss weiter isoliert werden, damit Putin seinen Kurs ändert. Die bisherigen, weitgehend erfolglosen Maßnahmen werden also nicht hinterfragt, sondern man meint, sie verstärken zu müssen und glaubt, dass dann der Erfolg zwangsläufig eintritt.

Dabei hat man schon die ersten Sanktionen damit begründet, dass durch sie Russland ganz schnell das Geld ausginge für die Fortsetzung des Krieges und Putin erkennen würde, dass „der Preis für Russland zu hoch“ sei. Dass dies eine Fehleinschätzung war, ist heute – viereinhalb Monate nach Kriegsbeginn – offenkundig, eine kritische Reflexion findet aber nicht statt. Fakt ist, dass die Embargo-Diskussion des Westens erheblich zu den steigenden Energiepreisen am Markt beigetragen hat und dass Russland sogar mit Mehreinnahmen von 13,7 Mrd. Euro rechnet. Dieser Schuss ging also erstmal nach hinten los.

Überhaupt ist es interessant zu beobachten, mit welcher (Selbst-)Sicherheit einige Politiker und Kommentatoren wissen, was genau die Motive des russischen Präsidenten sind und wie er eigentlich funktioniert. Während alle Welt seit Monaten rätselt, was Vladimir Putin genau antreibt, und die Mehrzahl erfahrener Politiker vom Überfall auf die Ukraine überrascht wurde – für diese Politiker scheint der russische Präsident ganz leicht durchschaubar. „Der versteht nur die Sprache der Stärke“ ist so ein schöner Satz. „Putin geht es nur um ...“, „Putin will ganz einfach ...“. Wer diesen Propheten zuhört, fragt sich verwundert, wie es überhaupt zur gegenwärtigen Situation kommen konnte, wenn alles doch so einfach vorhersehbar war.

Vereinzelt gibt es auch kritische Stimmen zum politischen Mainstream: So halten beispielsweise Henry Kissinger (beim Welt Wirtschaftsforum in Davos) und der frühere Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnany im Zusammenhang mit dem geplanten Öl-Embargo „die wirtschaftliche Verbannung Russlands aus Europa für einen schwerwiegenden geopolitischen Fehler“. Von Dohnany ergänzt: „Man bestraft Völker nicht wie Erstklässler und schickt sie vor die Tür“. Das sei keine kluge Politik.

Scharfmacher

Dagegen fordern aktuell Regierende das Ende jeglicher Diplomatie mit Russland. Polens Präsident kritisierte den französischen Präsidenten Macron und Bundeskanzler Scholz für ihre Telefonate mit Präsident Putin: „Hat jemand im Zweiten Weltkrieg mit Adolf Hitler gesprochen? Alle wussten: Man muss ihn besiegen.“ Der polnische Ministerpräsident ergänzt: „Wir wollen, dass Putin von der Macht entfernt wird“. Auch Norbert Röttgen, einflussreicher CDU-Außenpolitiker, sagt: „Telefonate mit Putin sind schädlich.“

Die Analogie des polnischen Präsidenten zwischen Hitler und Putin negiert allerdings einen entscheidenden Unterschied: Russland ist eine Atommacht. Ein Tyrann, der eine solche „Wunderwaffe“ (Wunschtraum der Nazis zum Ende des 2. Weltkrieges) besitzt, wird sie in letzter Konsequenz auch einsetzen, wenn sein Untergang droht. Es wäre leichtfertig, diese Tatsache zu ignorieren.

Bundeskanzler Scholz wird hart dafür attackiert, dass er einer allzu plumpen Denke in „Sieg“ oder „Niederlage“ widersetzt und nicht explizit formuliert, dass er das Ziel verfolgt, dass Russland den Krieg verliert und die Ukraine ihn gewinnt. Stattdessen sagt er, dass Russland „den Krieg nicht gewinnen“ und die Ukraine ihn „nicht verlieren“ dürfe. Seine differenzierte Wortwahl wird Scholz als „weiche“ und „russlandfreundliche“ Haltung vorgeworfen.

Auf der anderen Seite bleiben diejenigen, die den „Sieg der Ukraine“ fordern die Antwort darüber schuldig, was dies konkret bedeuten soll. Wiederherstellung der Situation vor dem 24. Februar? Rückgabe der Krim an die Ukraine? Souveränität der Ukraine über die Separatistengebiete im Osten? Ohne eine konkrete Definition bleibt die Forderung nach dem Sieg ein Stück politischer Populismus.

Andere entwickeln mit Macht Narrative, nach denen nur „schwere Waffen“ der Ukraine helfen können. Die wortreich wiederholte Geschichte lautet: Nur mit sofortiger Lieferung schwerer Waffen können Menschenleben gerettet werden (Man merke auf: Panzer und Raketen werden zu Peacemakern!). Der ukrainische Botschafter in Deutschland, Melnyk, der immer mehr zum Zeugen der Anklage auf unterlassene Hilfeleistung gegen Deutschland mutiert, verlangt die schweren Waffen, um „das Leben von Soldaten und Zivilisten zu retten“ (dpa). Inzwischen sind wohl aber Melnyks Tage als Botschafter in Deutschland gezählt

Schlichtes Denken

Seien wir realistisch: Passen die klassischen Kategorien von Sieg oder Niederlage nicht eher zum Fußball oder zur Formel-1 als zum Verhältnis der Staaten untereinander? Jeder politisch denkende Mensch weiß: Der Krieg um die Ukraine wird nicht ewig dauern und die Wahrscheinlichkeit ist groß, dass am Ende ein Kompromiss gefunden werden muss, der beiden Seiten einiges abverlangt und bei Zugeständnissen dennoch das „Gesicht wahr“ ist. So verständlich einige emotional geleitete Reaktionen auch sein mögen: Sie bedienen eher das eigene Bauchgefühl als dass sie zielführend wären.

Der Krieg um die Ukraine hat sich bereits zu einem Stellvertreterkrieg der Großmächte ausgeweitet – und vor Ort zu einem Abnutzungskrieg. Die Situation ist brandgefährlich und verlangt nach einer klugen Politik der Deeskalation – wenn man denn wirklich an Lösungen interessiert ist. Kraftmeierei ist hier fehl am Platz. Für die nachhaltige Bewältigung der Krise braucht es eine Politik mit Weitblick, qualifizierte Berater, die die Konfliktbeteiligten kennen und deren Kultur verstehen, und die Berücksichtigung sämtlicher Auswirkungen jeder einzelnen Maßnahme. In unserer von Scharfmachern medial angeheizten Zeit ist dieses vielleicht die größte Bewährungsprobe, der eine Regierung ausgesetzt sein kann. Ein Scheitern hätte für Europa jedoch unabsehbare Folgen.

Albert Herresthal

8.7.2022